



Berlin Aktuell

Die Woche im Parlament



Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit prognostizierte diese Woche einen neuen Beschäftigungsrekord für Deutschland in diesem Jahr. Das zeigt, mit der Regierung unter Angela Merkel geht es in unserem Land weiter aufwärts.

In erster Lesung wurde im Bundestag das Rentenpaket der Großen Koalition beraten. Ich bin zuversichtlich, dass wir vor allem bei der Vermeidung von Frühverrentungsanreizen noch Änderungen erreichen.

In der kommenden Woche steht die Beratung des Bundeshaushaltes an. Dann wird sich zeigen, dass in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Tat die Handschrift der Union diese Koalition bestimmt. An die von Schäuble vorgegebene Haushaltsdisziplin muss sich auch die SPD halten. Und Steuererhöhungen gibt es mit uns nicht.

Eine gute Woche wünscht

Ihr

100 Tage Große Koalition

CDU-Handschrift deutlich erkennbar.

In diesen Tagen besteht die Große Koalition seit 100 Tagen. Unsere Tagesordnung im Parlament – Stichwort diese Woche: Mütterrente – und die Beschlüsse der Bundesregierung – vor allem der Haushaltsausgleich, aber auch Mindestlohn, Frauen in Führungspositionen oder die Staatsangehörigkeitsnovelle – beweisen die gute Arbeit. Wir sind erfolgreich und arbeiten zum Wohle der Menschen. Die Berichterstattung zu den ersten 100 Tagen kam an diesen Fakten dann auch nicht vorbei.

Sicher, die Union hat bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis eingefahren. Die Men-

schen in Deutschland haben großen Wert darauf gelegt, uns zu stärken. Und doch haben sie uns keine absolute Mehrheit gegeben. Und nur die SPD hatte die Kraft, mit uns eine gemeinsame Regierung zu bilden. In vollem Bewusstsein, wie schwer eine Zusammenarbeit zweier Volksparteien zu gestalten ist, haben wir uns aus Verantwortung für unser Land auf die Bildung einer weiteren Großen Koalition eingelassen. Im Vordergrund steht für uns dabei die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des wirtschaftlichen Erfolges unseres Landes.

Wir haben uns durchgesetzt: Es gibt keine Steuererhöhun-

gen, weder auf Einkommen noch auf Vermögen oder Erbschaften. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundesregierung erstmals seit 1969 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Der Beschluss des CDU-Parteitages, die Rente auch für die Eltern zu erhöhen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird endlich Wirklichkeit. Mit der nun gefundenen Regelung zur doppelten Staatsangehörigkeit sorgen wir für Klarheit und Offenheit. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verschenkt wird.

Und wir haben dafür Sorge getragen, dass Deutschland unsere besonnene und erfolgreiche Europapolitik fortsetzen kann.

Arbeitsmarkt weiter positiv

Der milde Winter und die gute Konjunktur haben im März vielen Menschen zu einem Job verholfen. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren 83.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Februar und 43.000 weniger als vor einem Jahr. Damit lag die Arbeitslosigkeit im März bei 3,05 Mio. Menschen und einer Quote von 7,1 Prozent.

„Die Chance, aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu kommen, steigt leicht an“, berichtete der Vorstandsvorsitzende der BA Frank-Jürgen Weise in einem Gespräch mit Abgeordneten unter der Leitung von Peter Weiß.

Die Agentur erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr einen Rekord erreichen wird. Sie legt seit Monaten zu. Im Februar waren 41,7 Millionen Menschen berufstätig, errechnete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Das waren im Jahresvergleich 315.000 Erwerbstätige mehr. Nach Berechnungen der BA waren im Januar 29,38 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt,

414.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Am Dienstag veröffentlichte auch das europäische Statistikamt Eurostat neue Zahlen zum Arbeitsmarkt. Demnach ist im Februar die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung um 35.000 gegenüber dem Vormonat gefallen. Verglichen mit dem Vorjahresmonat waren 166.000 Menschen weniger arbeitslos. Mit 18,965 Millionen Menschen oder 11,9 Prozent aller Erwerbsfähigen ist die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum aber nach wie vor hoch.

Arbeitnehmer-Entsendegesetz in der Fleischindustrie

Die Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie galten aufgrund nur eingeschränkt herrschender Tarifstruktur oft als unangemessen. Mit einem Gesetzesentwurf greifen wir dies im Hinblick auf ausländische Arbeitnehmer auf. Der neue bundeseinheitliche Tarifvertrag vom Januar 2014 für die Fleischindustrie, der einen Mindestlohn für alle Mitarbeiter in dieser Branche fest schreibt, soll auch für entsandte ausländische Arbeitnehmer greifen. Wir nehmen die Branche deshalb in den Branchenkatolog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf.



Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der BA für Arbeit
mit Peter Weiß

Aufnahme: Zwiener

Mehr Mittel für die JobCenter

Auch Landkreise Emmendingen und Ortenau werden profitieren

Für die Integration langzeitarbeitsloser Menschen wird es in diesem Jahr zusätzliche Mittel geben. Gerade die südbadischen JobCenter, die in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich in der Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik waren, braucht für die weitere Aktivierung der Langzeitarbeitslosen dringend zusätzliche Mittel. Der Bund hat jetzt die neue Möglichkeit geschaffen, Ausgabenreste des so genannten Ein-

gliederungstitels aus den vergangenen Jahren auf das neue Jahr zu übertragen. So werden in den kommenden Monaten zusätzliche 350 Millionen EURO auf die JobCenter bundesweit verteilt. Davon werden auch die JobCenter im Wahlkreis Emmendingen-Lahr profitieren. „Wir wollen dafür sorgen, dass von der guten wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region auch die Langzeitarbeitslosen profitieren“,

betont Peter Weiß. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen daher die Instrumente zur Arbeitsmarktintegration finanziell stärker unterstützt werden. Der Bundestagsabgeordnete hat die Verantwortlichen in den JobCentern und der kommunalen Verwaltung über die Zusatzmittel informiert und seine weitere Unterstützung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zugesagt.

Armutswanderung in der EU

Sozialmissbrauch verhindern



Aufnahme: Zwiener

Die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union darf nicht zur Einladung in die Sozialsysteme missbraucht werden. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Staatssekretärsrunde hat einen ersten Zwischenbericht mit konkreten Maßnahmen zusammengestellt bis hin zu Wiedereinreisesperren.

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß diskutierte dieses Maßnahmenpaket in Berlin mit Prof. Dr. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (links) und Verena Göppert vom Deutschem Städtetag (rechts).

Die Mütterrente kommt!

Große Koalition hält Wort

Wir halten Wort und enttäuschen das in uns gesetzte Vertrauen nicht: Die Familienarbeit für vor 1992 geborene Kinder als Beitrag zum Bestand der Rentenversicherung wird in verbesserter Weise anerkannt. Vor allem Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt. Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, wenngleich die Auszahlung aus verwaltungstechnischen Gründen erst später erfolgt, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag.

Zur Flankierung der Rente mit 67 wird im Bereich der Renten wegen Erwerbsminderung auf die Anhebung der Altersgrenzen reagiert. Diese werden an die Erhöhung der Altersgrenzen angepasst und das Absicherungsniveau von Erwerbsminderungsrentnern verbessert. Zur Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird Vorsorge dafür getroffen, dass ausreichend Finanzmittel für die berufliche

und medizinische Rehabilitation zur Verfügung stehen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die besonders lange gearbeitet haben, sollen die Möglichkeit bekommen, mit 63 Jahren und nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können. Dies darf aber nicht missbraucht werden, um eine Welle von Frühverrentungen zu ermöglichen. Deshalb muss es in den parlamentarischen Beratungen an dieser Stelle noch zu Veränderungen am Gesetzentwurf kommen. Qualifizierte Mitarbeiter sind für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ein Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche Leistungsvermögen. Wir wollen anerkennen, dass Menschen auch ein Interesse daran haben können, länger erwerbstätig zu sein. Wenn der Arbeitsmarkt mitspielt - und davon ist wegen des Fachkräftemangels auszugehen - wäre die Beseitigung der Hindernisse zur Flexibilisierung des Renteneintritts der beste Lösungsansatz für die anstehenden Herausforderungen.

Gesetz zur gemeinsamen Agrarpolitik

Neue Förderungsperiode von Bund und Ländern

In erster Lesung wurde im Bundestag ein Gesetzentwurf beraten, der eine Vereinbarung von Bund und Ländern zur Umsetzung der neuen Förderperiode in der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Jahre 2014-2020 umsetzt. So sollen 4,5 Prozent der Mittel von der sog. 1. Säule, den Direktzahlungen an Landwirte, auf die 2. Säule, die Förderung des ländlichen Raums, umgeschichtet werden. Bis 2019 führen wir schrittweise eine bundeseinheitliche Basisprämie und einen bundeseinheitlichen Zuschlag für die ersten 46 Hektar je Betrieb ein. Außerdem regeln wir das sog. Greening, auch in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz von Dauergrünland.

Termine mit Peter Weiß

Samstag, 5. April 2014, 10:00 Uhr
Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Berlin.

Samstag, 5. April 2014, 19:30 Uhr
Einweihung des neuen Rettungszentrums der DRK in Wyhl a.K.

Sonntag, 6. April 2014, 10:00 Uhr
10 Jahre Besucherbergwerk „Segen Gottes“ am Silbersee in Haslach.

Sonntag, 6. April 2014, 15:00 Uhr
Verabschiedung von Dekan Friedrich Geyer, evangelische Kirche Eichstetten.

Sonntag, 6. April 2014, 17:00 Uhr
Ehrungsfeier des Ortenauer Singerbundes, Festhalle in Kürzell.

Öffentliche Schulden gehen zurück

Ende 2013 waren Bund, Länder und Kommunen in Deutschland mit 2.043,7 Milliarden Euro verschuldet. Das sind 28 Milliarden (1,4 Prozent) weniger als Ende 2012. Die Schulden des Bundes sanken um 0,6 Prozent auf rund 1.281 Milliarden Euro. Bei den Ländern gab es einen Rückgang um 3,1 Prozent auf 628,7 Milliarden Euro. Die Verschuldung der Kommunen blieb mit 133,6 Milliarden Euro nahezu unverändert, obwohl die Kommunen in den Ländern Hessen und Niedersachsen durch Entschuldungsfonds entlastet wurden. Auf Bundes- und Länderebene geht der Rückgang vor allem auf den Portfolioabbau der Bad Banks (FMS Wertemanagement und „Erste Abwicklungsanstalt“, EAA) zurück, die dadurch ihre Bilanzsumme und ihren Schuldenstand reduzieren konnten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Hofstetten - Fischerbach - Mühlenbach in Berlin



Eine Reisegruppe mit 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Hofstetten, Fischerbach und Mühlenbach unter der Leitung des Hofstettener CDU-Vorsitzenden Wilhelm Uhl besuchte in dieser Woche den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß. Im Plenarsaal konnten die Gäste die Debatte zum Rentenpaket verfolgen. Anschließend führte sie Peter Weiß durch das Reichstagsgebäude.

Weitere Punkte des Berlin-Aufenthaltes war Besichtigung des Bundeskanzleramtes und ein Gespräch im Bahn-Tower.

Impressum

Berlin Aktuell – Die Woche im Parlament

Herausgeber: Peter Weiß MdB

Layout und Inhalt: Frank Zwiener

Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. (030) 227 77333
Fax (030) 227 76387
peter.weiss@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Denzlinger Straße 8, 79312 Emmendingen
Tel. (07641) 93 11 77
Fax (07641) 93 15 80

Friedrichstr. 5, 77933 Lahr
Tel. (07821) 90 80 61
Fax (07821) 90 80 62

peter.weiss@wk.bundestag.de

Aufnahme: Zwiener

Informationsveranstaltungen mit Peter Weiß zum Rentenpaket

Sonntag, 13.04.2014, 16:00 Uhr
„Delcanto“, Denzlingen, Stuttgarter Str. 30
(Veranstalter: JU Emmendingen)

Donnerstag, 17.04.2014, 17:00 Uhr
Rust, Gasthaus „a‘MiRo“, Franz-Sales-Straße 27.
(Veranstalter: CDU Rust)

Freitag, 16.05.2014, 17:00 Uhr
Kirchzarten, Hofgut Himmelreich, Himmelreich 37.
(Veranstalter: Frauen-Union Südbaden)

Freitag, 23.05.2014, 19:30 Uhr
Mannheim, Haus der katholischen Kirche, F2, 6
(Veranstalter: Prof. Dr. Egon Jüttner MdB)

Montag, 26.05.2014, 16:30 Uhr
Wolfach, Abgeordnetenbüro Kordula Kovac MdB, Schlossstraße 24
(Veranstalter: Kordula Kovac MdB)

Mittwoch, 18.06.2014, 15.00 Uhr
Bad Bellingen, Hotel „Kaiserhof“, Rheinstraße 68
(Veranstalter: SU Bad Bellingen)

weitere Termine folgen im nächsten „Berlin-aktuell“